

RECHTSSTREIT

Debatte um Kostenersatz

„Tagespresse“ siegte vor Gericht, Kritik von FPÖ.

Weil es Fake-Briefe inklusive Parteilogo an Gastronomen verschickte, hatte die FPÖ NÖ das Satireportal „Tagespresse“ bereits im vergangenen Jahr verklagt. Sowohl Handelsgericht als auch Oberlandesgericht wiesen die Klage jedoch ab – weil die FPÖ nun den Kostenersatz nicht bezahlt haben sollte, warnte das Medium vor einem „Exekutionsverfahren“, die FPÖ verwies hingegen darauf, dass der Betrag noch am Tage des Zahlungsaufrufes beglichen wurde. Das bestätigte inzwischen auch die Tagespresse. FPÖ NÖ-Geschäftsführer Andreas Spanring sprach von „Fake News“ und „Überinszenierung“.



Andreas Spanring, Landesgeschäftsführer der FPÖ NÖ.
Foto: FPÖ

VORSCHLAG

Gemeindebund will Debatte über E-Voting

Präsident Pressl ortet vermehrt Probleme mit Briefwahl und denkt laut über digitales Wählen nach. VfGH gibt sich skeptisch.

VON PHILIPP GRABNER

Rund 6,3 Millionen Menschen waren bei der Nationalratswahl aufgerufen, ihre Stimme abzugeben – etwa 1,44 Millionen wollten dies per Brief tun, was einem Anteil von 22,3 Prozent entspricht. Ein neuerlicher Rekord, mit dem Herausforderungen einhergehen, wie Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl sagt: „Rückmeldungen aus den Gemeinden zeigen, dass es immer mehr Probleme gibt: Viele bestellte Wahlkarten kommen nicht an oder nicht zurück. Und ein durchaus erheblicher Anteil der wieder angekommenen Wahlkarten ist ungültig.“

Der ÖVP-Bürgermeister von Ardagger im Bezirk Amstetten wünscht sich daher „mehr Mut in dieser Frage“ und fordert eine Debatte über digitales Wählen. „Bis zu 80 Prozent der Unter-



Gemeindevorstand Johannes Pressl, Ortschef in Ardagger.
Foto: APA/Fohringer

schriften für die Volksbegehren werden heute bereits online abgegeben. Wir sollten daher bei künftigen Wahlen zusätzlich zur Wahl im Wahllokal auch E-Voting anbieten“, sagt Pressl – der mehrere Vorteile ortet: Nicht nur, dass die Stimmabgabe „bequemer“ sei, sei sie auch weniger fehleranfällig sowie sparsam. „Zentrales Element“ bei Wahlen solle aber auch weiterhin die Stimmabgabe in der Wahlkabine sein, so Pressl.

Zwar mit keiner kategorischen Absage, jedoch mit einiger Skepsis reagierte der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Christoph Grabenwarter, auf den Vorschlag. Die Briefwahl oder E-Voting könne sinnvoll sein, wenn jemand krank sei oder im Ausland lebe, doch müsse bei Stimmabgaben mit technischer Unterstützung „hundertprozentig gewährleistet sein, dass die Stimmabgabe geheim bleibt und dass das Wahlergebnis nachgeprüft werden kann“, so Grabenwarter zu Ö1. Man müsse streng sein bei der Wahrung der Wahlgrundsätze: „Wenn man Initiativen in diese Richtung diskutiert, ist es mir ein Anliegen, dass man die sehr strengen und engen Grenzen der Verfassung von Anfang an im Blick hält.“

Politik
KURZ NOTIERT

Bauernbund will Aus für Verordnung

Die Entwaldungsverordnung, Teil des „Green Deal“, geht zurück an den Start. Man habe eine Übergangsfrist von zwölf Monaten vorgeschlagen, „um eine ordnungsgemäße und wirksame Umsetzung zu gewährleisten“, hieß es von der EU-Kommission. Der NÖ Bauernbund begrüßt dies und hofft auf ein „endgültiges Aus“ oder eine „weitreichende Entschärfung“.

Babler bleibt vorerst als Stadtchef im Amt

Er werde zumindest bis zur Nationalratswahl Bürgermeister bleiben, hatte SPÖ-Chef Andreas Babler im März gesagt. Eineinhalb Wochen nach dem Urnengang gibt es noch keine Entscheidung, ob er Stadtchef Traiskirchens bleibt oder nicht. Er werde „zeitgerecht“ dazu kommunizieren, heißt es aus dem Rathaus im Bezirk Baden. Insbesondere während des Wahlkampfes hatten Vizebürgermeister Franz Gartner sowie die Stadträte Sandra Akranidisknotzer und Clemens Zinnbauer Agenden übernommen.

FPÖ-Mandatar wechselt zu SPÖ

Ungewöhnlicher Fraktionswechsel in Amstetten: Weil „wir keine wirkliche Opposition waren“, so die Begründung, kündigte der bisherige FPÖ-Mandatar Harald Wiesauer seinen Wechsel zur SPÖ-Fraktion an. „Es hat ja fast ausgesehen, als gäbe es eine schwarz-grünblaue Koalition“, sagt Wiesauer gegenüber der NÖN. Die FPÖ ist damit nur mehr mit Christian Schrammel im Gemeinderat vertreten. Wiesauer habe sich schon länger von der Partei distanziert, weshalb ihn der Wechsel nicht überrasche.

Kein Verfahren in Causa Ziegler

Die von der FPÖ bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) eingebrachte Strafanzeige in der Causa Ziegler bleibt folgenlos. Wie die FPÖ am Sonntag mitteilte, leitete die WKStA die Anzeige an die Staatsanwaltschaft St. Pölten weiter, die nach Prüfung der Vorwürfe von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens absah. Dem früheren Landesdirektor des ORF Niederösterreich, Robert Ziegler, waren mangelnde Distanz sowie eine ÖVP-freundliche Berichterstattung vorgeworfen worden.